

Erschienen in: Kämper, Heidrun/Scharloth, Joachim/Wengeler, Martin (Hrsg.): 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz. Berlin/Boston: de Gruyter, 2012. (Sprache und Wissen 6), S. 259-285.

Heidrun Kämper

## Der Faschismus-Diskurs 1967/68

### Semantik und Funktion\*

#### 1. Vorbemerkung

Der politische Diskurs der späten 1960er Jahre wird maßgeblich geführt von der studentischen und der intellektuellen Linken sowie von ihren politischen Kontrahenten. Gegenstand dieses Diskurses ist die Gesellschaft und der Staat der Nachkriegszeit, der von der studentischen Linken bekämpft, von der intellektuellen Linken kritisch kommentiert und von ihren politischen Kontrahenten verteidigt wird. Das ist eine, zugegebenermaßen, holzschnittthafte Skizze der Diskurskonstellation, reicht aber aus, um die Voraussetzungen zu verdeutlichen, unter denen *Faschismus/faschistisch* als ein zentraler Topos des politischen Diskurses der späten 1960er Jahre im Diskurs die Funktion einer Eigenschaftszuschreibung, also eines Stereotyps, hat. Mit diesem Stereotyp schreibt die studentische Linke dem bundesrepublikanischen Staat und der Nachkriegsgesellschaft die damit bezeichnete Eigenschaft ‚brutal, terroristisch, gewalttätig‘ zu, ebenso wie die Protestformen der studentischen Linken durch eben diesen Staat und diese Gesellschaft die Zuschreibung *faschistisch* erfahren und man damit meint ‚rückwärtslos, aggressiv, gewalttätig‘.<sup>1</sup> In dieser Funktion benutzt schließlich

\* Dieser Beitrag steht im Kontext mit dem Arbeitsschwerpunkt ‚sprachliche Umbrüche des 20. Jahrhunderts‘ am Institut für Deutsche Sprache (vgl. [www.ids-mannheim.de/lexil/sprachlicher\\_Umbruch/](http://www.ids-mannheim.de/lexil/sprachlicher_Umbruch/)), in dessen Rahmen auch der Diskurs der studentischen und intellektuellen Linken untersucht wurde. Ergebnisse dieser Analysen liegen vor in Kämper 2012.

1 Die Funktionsweise beschreibt Hopf mit der Gleichsetzung von links und rechts: „Die Springer-Pressen sprach von ‚SA-Methoden‘ der Studenten (‚Bild‘-Zeitung vom 3. Juni) und im Berliner Abgeordnetenhaus verglichen am 8. Juni Heinrich Lummer (CDU) und Heinrich Theis (vom rechten Flügel der SPD) die Studenten mit den Nazis und mit Hitler ... Generell war dieser Vergleich im konservativen Lager damals verbreitet. Man griff Argumentationsfiguren auf, die aus der Totalitarismustheorie und der Gleichsetzung von KPD und NSDAP vertraut waren ... und die den rechten politischen Parteien in den fünfziger Jahren bereits wertvolle Dienste geleistet hatten: Die Argumentationsfigur Rechts=Links erlaubt es, sich dem Publikum als entscheidender Demokrat und Anti-Nationalsozialist vorzustellen und gleichzeitig den aktuellen politischen Gegner zu denunzieren. Man verbindet also das Gute mit dem politisch Nützlichen“ (Hopf 1989, S. 81). Diese Gleichsetzung erlaubt, „den herrschaftspolitischen Kern des Faschismus unter der Maske des Antifaschismus beizubehalten. In der Technik der Abwehr perpetuiert sich so ein wesentliches Stück des Abgewehrten“ (Haug 1968, S. 138).

auch die intellektuelle Linke das Stereotyp. Vom Vorwurf *faschistisch* verschont bleiben eigentlich nur die Vertreter der intellektuellen Linken selbst.<sup>2</sup>

Der folgende Beitrag fragt danach, was die Kategorie *Faschismus* eigentlich, insbesondere für die studentische Linke, so überaus geeignet macht, um als verbale Waffe im politischen Kampf eingesetzt zu werden. Anders gefragt: Welche sprachliche Strategie wendet die studentische Linke an, um diese Waffe so überaus wirkungsvoll benutzen zu können? Diese Fragestellung liegt den folgenden Überlegungen zu Grunde. Zu ihrer Beantwortung ist zunächst der Diskurs mit seinen Referenzen zu skizzieren, um anschließend die theoretischen Voraussetzungen des Faschismus-Konzepts in den Blick zu nehmen – auf welchem wissenschaftlichen Boden bewegt man sich? Schließlich rekonstruiere ich zentrale Aspekte des Faschismus-Diskurses der späten 1960er Jahre unter dem Zeichen von Enthistorisierung und Analogisierung. Ich beschreibe sie als sprachliche Strategien, die die Applizierung des Faschismus-Konzepts auf die bundesrepublikanische Gegenwart ermöglichen.

## 2. Diskursreferenzen

Der im Folgenden darzustellende Faschismuskurs der späten 1960er Jahre ist ein gegenwartsbezogener Diskurs, ‚Faschismus‘ seit etwa 1965 abstrakter und zeitneutraler Diskursgegenstand.<sup>3</sup> Da die Diskursbeteiligten nicht auf irgendeine Form von ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zielen, sondern vielmehr auf die Analyse der Gegenwart (aus deren Ergebnis dann

- 2 Mit dieser Einbeziehung des Faschismus als Referenzbereich „kamen ... generationsübergreifende Erfahrungen zum Ausdruck, die in einer eigentümlich ambivalenten Erwartungsstruktur auf ein neues Generationsverhältnis übertragen wurden. Zu den auch durch die großen Prozesse gegen das Wachpersonal von Konzentrations- und Vernichtungslagern vermittelten gemeinsamen Erfahrungen gehörte, daß wohlhabende Bürger aus der eigenen Nachbar- oder Verwandtschaft zu begeisterten Anhängern eines verbrecherischen Regimes, ja zu Mittätern in den von diesem betriebenen Massenmorden wurden und danach wieder in den Status von scheinbar wohlhabenden Bürgern zurückkehren konnten. Dies erklärt zumindest ein Stück weit, weshalb allseits alles und alle in Faschismusverdacht geraten oder mit Faschismusvorwürfen bedacht werden konnten“ (Behrmann 1999, S. 325).
- 3 Rückblickend bestätigt der ehemalige studentische Aktivist Reimut Reiche diese Entwicklung: „Spürbar zurück geht in diesem Abschnitt [der ersten Hälfte der 60er Jahre] ... die Beschäftigung mit der konkreten nationalsozialistischen Vergangenheit als einer Geschichte von Massenvernichtung und Kulturzerstörung, mit der ‚ungesühnten Nazijustiz‘ ... sowie mit Genese und Aktualität des Antisemitismus. Die ‚großen‘ Theorien des Zusammenhangs von Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus rücken ins Zentrum des Interesses“ (Reiche 1988, S. 47). Vgl. auch Hopf (1989, S. 71): „In der Frühphase der Studentenbewegung ... in Berlin – Anfang der sechziger Jahre – dominierte .. die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, während in der Spätphase der Studentenbewegung das Faschismusthema in allgemeinerer Weise aufgegriffen wurde.“

unbestimmte, jedenfalls aber radikaldemokratische Konzepte abgeleitet werden), benutzt insbesondere die Diskursgemeinschaft der studentischen Linken die Kategorie *Faschismus/faschistisch* als den Diskurs verdichtendes lexikalisches Element zur Konstruktion der Gegenwart.<sup>4</sup>

Den 68ern wird die Aufhebung einer „Diskursblockade“ in Bezug auf das Thema ‚nationalsozialistische Vergangenheit‘ zugeschrieben.<sup>5</sup> Man billigt ihnen zu, dem Thema diskursive Dynamik und Dichte verliehen und ihm eine Ausweitung in das öffentliche Bewusstsein verschafft zu haben, die es zuvor nicht hatte – dies, obwohl das konkrete historische Phänomen Nationalsozialismus und Antisemitismus (einschließlich der beteiligten nazistischen Handlungsträger) nur etwa bis Mitte der 1960er Jahre thematisch diskursbeherrschend war. Ein solcher Vergangenheitsdiskurs – verstanden als Diskurs über die Jahre 1933 bis 1945 – findet Ende der 1960er Jahre bei der studentischen Linken in nur geringer Evidenz statt.<sup>6</sup> Die studentische

4 Die nach 1938 Geborenen verfügten „über keine Erinnerungen mehr an eigene Entscheidungssituationen im Nationalsozialismus ... Sie mußten deshalb nicht zwischen verschiedenen Graden individueller Schuld oder Verstrickung unterscheiden, sondern konnten zur alten Kollektivschuld zurückkehren. Gerade für die biographisch nicht Betroffenen wurde die Herstellung von ‚Betroffenheit‘ zum Programm. Die sozialpsychologischen und ökonomischen Theorien hatten hier den Vorteil, daß sie es erlaubten, die Problematik des Nationalsozialismus und die Schuldfrage auf die Gegenwart auszudehnen, gleichsam den von den eigenen Vätern verlorenen oder gar nicht erst geführten Kampf gegen den Nationalsozialismus nachzuholen“ (Albrecht 1999a, S. 517) – einen Kampf, der also nicht die Vergangenheit, also nicht die konkreten Erscheinungsformen des Nationalsozialismus zum Gegenstand hat (insofern ist die Kategorie „nachholen“ nicht ganz zutreffend, denn der Referenzbereich ist ein anderer), sondern ein gegenwartsbezogener Kampf, der mit der Waffe eines Selbstanspruchs gekämpft wurde: „Der persönlich angestrebte Bruch mit den Eltern und ihrer Lebensform geht nahtlos über in den politisch erwünschten Bruch mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands, wodurch der Kampf gegen die Ursachen des Faschismus in die Gegenwart übertragen und zur gesellschaftspolitischen, ja welthistorischen Aufgabe einer Generation überhöht werden kann“ (ebd. S. 527).

5 „Die Sensibilität bezüglich der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihres Weiterwirkens entstand nicht erst ‚1968‘, sondern war bereits Ende der 50er Jahre vollständig entwickelt. Allein – sie hatte zu dieser Zeit nicht die öffentliche Diskursherrschaft erlangen können. Die Diskursblockade beendet zu haben, kann als Verdienst der vorwiegend studentischen ‚1968er‘ und ihrer medienwirksamen Kreativität angesehen werden“ (Rusinek 2003, S. 118).

6 Peter Schneider hält die Universalisierung des Faschismusverdachts für die Ursache: „Häufig verselbständigte sich der Faschismusverdacht zu einem Pauschalvorwurf, der alles mit allem vergleichbar machte: knüppelnde Polizisten mit SS-Schergen, die Lager für politische Gefangene in Griechenland und Chile mit KZs, zusammengeprügelte und verhaftete Studenten mit den verfolgten Juden des Dritten Reiches. So wie die Bildzeitung und die CDU-Politiker die protestierenden Studenten bei jeder Gelegenheit mit der SA verglichen und sie als ‚neue Nazis‘ beschimpften, so haben die wild gewordenen Nachkriegskinder den Faschismusvorwurf vor allem zur Denunziation des politischen Gegners eingesetzt. So kam es zu dem seltsamen Ergebnis, dass der Begriff ‚Faschismus‘ in den Protestjahren am seltensten zur Bezeichnung und Untersuchung der Epoche gebraucht wurde, der er den Namen gegeben hat“ (Schneider 2008, S. 189f.).

bzw. jüngere Linke referiert vielmehr signifikant auf Kontinuität – darauf, dass Nationalsozialismus in unterschiedlichen Versionen noch (oder auch wieder) in der Gegenwart existent ist, sprachlich, personell, geistig.<sup>7</sup> Und: Sie reflektiert in Struktur bezeichnenden Kategorien – *Faschismus* ist solch eine Kategorie. *Faschismus* ist insofern nicht die Alternativbezeichnung zu *Nationalsozialismus*, sondern bezeichnet abstrakt die Struktur und das System eines theoretisch-wissenschaftlich erarbeiteten Konstrukts. Das macht sie tauglich für den Diskurs, der ein Gegenwarts-, kein Vergangenheitsdiskurs ist.

Der Diskurs, dessen Leitkonzept *Faschismus* bzw. *faschistisch* heißt, hat insbesondere drei Motive – das des 2. Juni, die Lesungen der Notstandsgesetze im Bundestag und die Ratifizierung der Gesetze am 30. Mai 1968, sowie den gegen die Bewegung gerichteten Faschismus-Vorwurf, der im Frühjahr 1967 zum ersten Mal in den Diskurs eintritt und dann am 9. Juni 1967 von Jürgen Habermas erneuert wird. Diesen drei Motiven gemeinsam ist ihr mit *faschistisch/Faschismus* kategorisierbarer Referenzbereich.

*„In den Kämpfen der letzten Tage und darüber hinaus in den Auseinandersetzungen der letzten Monate ist der Terminus Faschismus zu einem Schlüsselwort geworden. Von Seiten der radikal-demokratischen Studentenbewegung sind einzelne Züge im Verhalten der Gegenseite als faschistisch bezeichnet worden und es ist gelegentlich auch insgesamt die Situation schon als faschistisch diagnostiziert worden.“* (Brentano 1967, S. 31)

Dieser Redebeitrag Margherita von Brentanos<sup>8</sup> auf der studentischen Vollversammlung der FU Berlin am 7. Juni 1967 ist ein prototypischer Beleg für die Auseinandersetzung von 68ern mit dem Thema ‚Tod Benno Ohnesorgs‘: ‚der Staat, der einen Bürger erschießt‘. Dieser Topos liegt als Generalbass unter den Argumenten, die das Diskurssegment zu der Erschießung Benno Ohnesorgs ausstatten, und die Vergleichsebene schafft die faschistische Praxis des deutschen Nationalsozialismus. Dieser Tod „ist in seinen Voraussetzungen und Folgen aufs engste mit der Faschismust-

7 Ein ehemaliger Bundeskanzler spricht ungeniert in nationalsozialistischem Jargon von ‚Entartung‘ (Zum richtigen Gebrauch 1967, S. 322); 22 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur ... droht die Demokratie in unserem Lande erneut zu scheitern. (Seeliger 1968, S. 25); bis heute glauben noch immer einige, die Sozialisten könnten wenigstens ihre Haut retten, wenn sie nach der Entfernung von alten Nationalsozialisten aus den Führungskliquen des Regierungsapparates ... schreien. Innerhalb unseres Kampfes ist aber der Ruf nach der Entfernung dieser alten Nationalsozialisten eine Stimme im monopolistischen Chor, der die Erinnerung an die historische Bedeutung des antifaschistischen Widerstands verschlingt (SDS 1968, S. 115f.); eine theoretische Kontinuität der juristischen Verfahrensweisen und Legitimationsmuster vom präfaschistischen Liberalismus über den Nationalsozialismus bis heute. (Bechmann u.a. 1968, S. 130f.). Zitate aus zeitgenössischen Quellen, die als sprachliche Belege dienen, werden kursiv wiedergegeben.

8 Margherita von Brentano ist Mitbegründerin eines antifaschistischen Arbeitskreises, in dem „kontinuierliche Theoriendebatten um Strukturen und Funktionsweisen des ‚Faschismus‘“ geführt werden. Vgl. Siegfried (2003, S. 98).

hematik verbunden“ (Hopf 1989, S. 71) und damit argumentative Stütze der Konstruktion, die da einhellig lautet: Die Demokratie ist in Gefahr. Darin sind sie sich einig – von Habermas bis Dutschke, von Adorno bis Krahl. Um nur einige Beispiele zu geben: Im Vorwort einer von Knut Nevermann bearbeiteten und vom Verband deutscher Studentenschaften herausgegebenen Dokumentensammlung *zu den Ereignissen anlässlich des Schab-Besuchs* ordnet der Vorsitzende des Verbands, Hans-Joachim Haubold, die Erschießung als eklatante Missachtung demokratischer Grundrechte ein: *Daß fundamentale, demokratische Grundrechte mit Füßen getreten, niedergeknüppelt wurden und ein studentischer Demonstrant erschossen wurde, ist ein Zeichen höchsten Alarms für die Demokratie* (Haubold 1967, S. 5). Der Habermas-Doktorand und Hochschulassistent Oskar Negt beschreibt diesen Prozess der Entdemokratisierung als *Anfangsstadium des geplante[n] Abbau[s] des Liberalismus*. Es habe eine neue Phase begonnen, in der der Nachkriegsliberalismus nicht im Osten den Gegner erkennt, sondern *die innenpolitisch gewendete Aggression auf allen Ebenen*. Die Erscheinungsformen seien antidemokratisch: *Die Exekutive schafft sich legale Instrumente, um eine auf autoritäre Verwaltung beschränkte Staatsplanung größten Ausmaßes ohne wirkliche Kontrolle der demokratischen Institutionen in Gang setzen zu können* (Negt 1967, S. 243). Oskar Negt zieht Parallelen zur Demokratiegeschichte Deutschlands: *Die planenden Eingriffe in das gesellschaftliche Leben haben in Deutschland bisher stets die Funktion gehabt, die Opposition als Sand im Getriebe zu diffamieren* (ebd. S. 243f.). Auch der Historiker Karl-Dietrich Bracher verweist am 9. Juni anlässlich einer vom ASTA der Universität Bonn veranstalteten Trauerfeier auf die demokratischen Grundrechte:

*Es geht um unser Grundgesetz Art. 1: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.‘ Es geht um die unverletzliche Freiheit der Person (Art. 2) und das Recht des Staatsbürgers auf freie Meinungsäußerung. Es geht um das Recht auf Kritik und Opposition, mit dem unsere zweite deutsche Demokratie steht und fällt. (Bracher 1967, S. 43)*

Bracher nimmt die *Ruhe und Ordnung um fast jeden Preis*-Atmosphäre als Beleg für das gestörte Verhältnis von Staatsbürger und Autorität in dieser Demokratie. Ausweis dieses Verhältnisses sei – die Argumentation entspricht derjenigen, mit der man die Notstandsgesetze kommentiert –,

*daß weniger von Demokratie und unteilbarer Freiheit, wieder mehr und mehr von Staatsautorität und nationalbewußter Politik gesprochen wird; daß plötzlich nicht mehr die freie Beteiligung und Entfaltung des Bürgers, sondern sein Gehorsam gegenüber jedweder Maßnahme der Obrigkeit gefordert wird: daß gegen die ‚auflösenden‘ und ‚zersetzenden‘ Kräfte der Intellektuellen ein ‚Gemeinschaftsdenken‘ im Sinne ‚allgemeinverpflichtender Wertvorstellungen‘ gefordert wird (ebd. S. 44).*

Das Fazit dieser Analyse Brachers lautet: *das widerspricht dem Demokratiebegriff unseres Grundgesetzes, der pluralistisch ist und nicht konformistisch* (ebd. S. 43f.).

Auf der Trauerfeier, die am 7. Juni vom AStA und von politischen Studentengruppen an der Universität Köln veranstaltet wurde, formuliert der Sprecher für den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) und den Hans-Böckler-Kreis, Peter Bubenberger, die Feststellung, *daß der Tod von Benno Ohnesorg nur ein Glied darstellt in einer langen Kette im Prozeß des Abbaus der Demokratie und des Anwachsens neofaschistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft* (Bubenberger 1967, S. 77).

*[Die Notstandsgesetze sind] das Grundgesetz einer zur Zwangskaserne abgeriegelten Gesellschaft; dieser Staat ist bereit, sich selbst zum faschistischen Führer zu machen. (Krahl 1968a, S. 151)*

Dieser Redebeitrag Hans-Jürgen Krahls am 27. Mai 1968 auf dem Frankfurter Römerberg ist ein prototypischer Beleg für die Auseinandersetzung von 68ern mit dem Thema ‚Notstandsgesetze‘: ‚der Staat, der seine Bürger unterdrückt‘. Der Diskurs zu den Notstandsgesetzen, die, geplant bereits seit 1958, in den Jahren 1967/68 parlamentarisch vorbereitet und deren Verabschiedung der Großen Koalition aufgrund entsprechender Mehrheitsverhältnisse am 30. Mai 1968 möglich wurde, auch der Diskurs zu den Notstandsgesetzen ist gekennzeichnet von einem breiten Konsens der heterogen zusammengesetzten Diskursgemeinschaft.<sup>9</sup> Der breite Konsens drückt sich nicht zuletzt in einem dominanten Argumentationsmuster aus. Vergleichsmoment ist der faschistische Staat.<sup>10</sup> Der für undemokratisch gehaltene, dem Staat unbeschränkte Machtmittel verschaffende Charakter der Notstandsgesetze veranlasst die Diskursteilnehmer, in diesen Gesetzen das Instrument eines Staates mit faschistoiden Zügen zu sehen.<sup>11</sup> Der

- 
- 9 „Gestandene Gewerkschafter wie Otto Brenner empfanden durchaus die drohende Nähe eines neuen Totalitarismus; Liberale aus einem ganz anderen Lager, sogar CDU-Leute, Konservative verschiedener Herkunft: Sie alle waren vom Unglück dieser Notstandsgesetze betroffen, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich nicht von dem Gedanken befreien konnten, daß es im wesentlichen nicht um Vorbereitung für die Notsituation gegen den äußeren Feind ging, sondern um innerstaatliche Feinderklärungen und um legale Möglichkeiten, den inneren Feind zu zerstören“ (Negt 2001, S. 250).
- 10 „Diejenigen, die gegen diese Gesetze opponierten, hatten Existenzängste. In den Köpfen gab es Vexierbilder des Faschismus und Analogien zum Ende der Weimarer Zeit spielten unzweifelhaft eine Rolle“ (Negt 2001, S. 250).
- 11 „Vor allem die seit Beginn der 60er Jahre intern erörterten und im Mai 1968 verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen für den Fall eines staatlichen Notstandes paßten in das Bild von der Vorbereitung eines von gleichgeschalteten Massenmedien unterstützten autoritären Staates als ‚neues <33>‘, wie es von Anhängern der sich verbreiternden Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf Transparenten allen Ernstes behauptet wurde. Allerdings teilte auch der Philosoph Karl Jaspers diese düstere Sicht und stieß damit beim bildungsbürgerlichen Publikum auf große Resonanz“ (Schildt 2003, S. 49).

Diskurs zu den Notstandsgesetzen stellt insofern einen zentralen Subdiskurs des Faschismus-Segments dar. Wendungen wie *diktatorischer Zugriff des Notstandsstaates*, Wortbildungen wie *Notstandsdictatur* und *Diktaturgesetze*, sowie sprachspielerische Verfremdungen, insbesondere die Wortbildung *NS-Gesetze* – das sind Dokumente einer Sichtweise auf die Gesetze als Erscheinungsformen eines Staates mit faschistischen Tendenzen. Die Parallelisierung von Faschismus und Bundesrepublik via Notstandsgesetze leisten Argumente:

- ‚Wie der Nationalsozialismus muss der gegenwärtige Staat sich des Widerstands entledigen – die Notstandsgesetze sollen es ermöglichen, ggf. die Widerstandsbewegung zu zerschlagen und dienen insofern der Herrschaftssicherung.<sup>12</sup>
- ‚Wie im Nationalsozialismus entmachtet sich das Parlament selbst und missachtet damit Grundgesetz und demokratische Prinzipien.<sup>13</sup>
- ‚Die Notstandsgesetze sind Ersatz für den offen-terroristischen Faschismus und als Unterdrückungsinstrument einer undemokratischen Staatsmacht Beleg für latenten Faschismus, der jederzeit in offene Gewalt ausbrechen kann.<sup>14</sup>

12 *Die Ermächtigungsgesetze vom März 1933 waren für die NSDAP ein unmittelbar notwendiger und unmittelbar funktionaler Hebel zur sofortigen offiziellen Umwandlung der parlamentarischen Staatshülle in ein faschistisches System. Die Notstandsgesetze vom Juni 1968 treffen dagegen nur die Vorsorge zur Zerschlagung potentieller demokratischer oder rebellischer Massenbewegungen (Reiche 1968, S. 21); So wie der Faschismus, einmal an der Macht, sich seiner eigensten genuin-faschistischen Kerntruppe entledigen mußte, damit er seine Aufgabe im Dienst des Kapitalismus erfüllen konnte, - so wurde es nach dem Faschismus für jedes restaurative, kapitalistisch-demokratische System eine Überlebensfrage, daß wirklich keine fundamental demokratische Bewegung aufkäme, die ihrerseits so radikal demokratisch würde, daß sie die kapitalistischen Fesseln des formal demokratischen Systems zu sprengen drohte. Dieses große Programm der politischen und ökonomischen Herrschaftssicherung im kapitalistischen Teil Deutschlands wird gegenwärtig mit den Notstandsgesetzen abgeschlossen. Diese Notstandsgesetze haben immer noch eine präventive Funktion; sie sind der Riegel gegen eine möglicherweise doch noch aufkommende demokratische Bewegung (ebd. S. 25); politische Herrschaftssicherung durch die Verabschiedung der NS-Gesetze (SDS 1969, S. 6).*

13 *Der Innensenator von Westberlin, Neubauer, hat bekanntlich gemeint, auf ein paar Tote komme es nicht an. Diese verbrecherische Gleichgültigkeit wird in der Notstandsplanung technisch perfekt in nationalem Maßstab sichtbar. Die Bürgerkriegsplaner haben selbst das Grundgesetz zum alten Eisen geworfen; jetzt wollen sie uns zur Verfassungstreue ermahnen. Aber die Notstandsstrategen haben die Rechnung ohne uns alle gemacht. Wir werden nicht in aller Ruhe zusehen, wie ein Parlament zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte sich selbst vollends überflüssig macht und uns die neue Diktatur beschert (Wolff 1968); Transformation der Demokratie in den Notstandsstaat (Berliner Extradienst 1968).*

14 *Die Bundesrepublik in ihrer jetzigen politischen Organisation und noch mehr durch die im Grunde vollkommen illegitim zustandekommene Notstandsgesetze [macht] den Faschismus überflüssig... den Faschismus im Sinne des offenen terroristischen Systems (Agnoli 1968a, S. 54f.); gesellschaftlichen Zwangscharakter mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze rechtskräftigen Ausdruck verlieh (Krahl 1968b, S. 242); die herrschende Gewalt .. präsentiert ihre Bereitschaft zur nackten Unterdrückung als Gesetz (Berliner Extradienst 1968); Eine der Hauptgefahren der Notstandsgesetze ist, dass sie ein gesetzliches Instrumentarium für einen innenpolitischen Staatsstreich schaffen. Die Notstandsgesetze würden den verfassungswidri-*

- ‚Die Notstandsgesetze offenbaren die kapitalistische Neigung zu repressiven Maßnahmen und sind in der bundesrepublikanischen Verfassung angelegt.‘<sup>15</sup>

Im Juni 1968 beschreibt Oskar Negt in einem, für die SDS-Zeitschrift ‚neue kritik‘ verfassten Beitrag einen sprachlichen Prozess:

*Der Boulevardpresse und rechtsgerichteten „seriösen“ Blättern ist es inzwischen gelungen, die Sprachformel vom „Linksfaschismus“ mit der Vorstellung von einer auf Selbstisolierung bedachten Minorität zu verbinden, die ihre elitären und manipulativen Zwecke terroristisch durchsetzt. So konnte der gesamte sozialpsychologische Bereich der „unaufgearbeiteten Vergangenheit“, die Mechanismen der Schuld und Abwehr, der Projektion, reaktiviert und in den Dienst der Bekämpfung der studentischen Minderheit gestellt werden. Es war zu erwarten, daß die Massenblätter den absehbaren Verlust der Wirksamkeit antikommunistischer Parolen so schnell wie möglich ausgleichen mußten, um ein auf emotionale Reaktionen dressiertes Publikum weiterhin zu binden. Aber das Spezifische der neuen Situation besteht darin, daß ein Element wirklicher, wenn auch unaufgeklärter Furcht vor dem Faschismus gerade liberale Kritiker veranlaßte, die politische Sprache um leicht faßliche Symbole zur Identifizierung linker Feindgruppen zu bereichern. Liberaler Mentalität entspringt eine politische Sprache, der sich mittlerweile alle (auch NPD-Funktionäre) bedienen: „linker Faschismus“, „Anarcho-Faschismus“, „Inquisition von links“ u. a. m. (Negt 1968a, S. 180f.)*

Die Vorgeschichte dieses Prozesses beginnt im April 1967 mit der Zuschreibung *faschistische Methoden*. Sie gibt den diskursiven Impuls und spätestens im Frühjahr 1967 erhalten die stigmatisierenden Stereotype *faschistisch/Faschismus* eine signifikante kommunikative Funktion: Am 19. April 1967 protestieren Studenten mit einem Sit-in in der FU Berlin gegen verschiedene Maßnahmen der Universitätsverwaltung.<sup>16</sup> Rektor Lieber ist der Ansicht, man demonstrierte mit *faschistischen Methoden* (vgl. Damerow 1968, S. 29). Im Mai 1967 erkennt der Rektor der Hamburger Universität in ei-

---

*gen Ausnahmezustand, wie er nach dem 2. Juni von der politischen Führung proklamiert worden war, seines staatsstreichähnlichen Charakters entkleiden und ihn legalisieren (Nevermann 1967, S. 9).*

- 15 *Von der Diskussion über die mögliche Faschisierung der BRD schreibt man der Verabschiedung der Notstandsgesetze zentrale Bedeutung zu. Die Auffassung aber, daß die Notstandsgesetze einen Bruch in der Kontinuität der politischen Entwicklung und der Verfassung in Westdeutschland darstellen, mag agitatorisch richtig sein, trifft die Sache selbst nicht. Die Notstandsgesetze setzen keine neuen Akzente, sie enthüllen vielmehr die politische Qualität der Verfassungsentwicklung eines Staates, der als Organisation einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft immer die Tendenz hat, in besonderen geschichtlichen Situationen zu repressiven Maßnahmen zu greifen. (Agnoli 1968, 45); den sich zunächst radikaldemokratisch artikulierenden Protest gegen die Formierungsmaßnahmen des Spätkapitalismus (Notstandsgesetze usw.) zum Protest gegen ein System zu machen, das notwendig zu faschistoiden Lösungen seiner Widersprüche tendiert (Reiche/Gang 1967, S. 31f.)*
- 16 *Anlass dieses Sit-ins sind die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die sogenannten Humphrey-Attentäter ..., die Sperrung der Zuschüsse für die Studentenschaft, Bemühungen, dem SDS die ‚Förderungswürdigkeit‘ .. abzuspochen und der Versuch, Vorlesungsrezensionen im FU-Spiegel des ASA zu unterdrücken (Damerow 1968, S. 29).*

nem Sit-in *faschistische Züge*. Professor Taubes nimmt am 7. Juni in seinem Beitrag auf der Vollversammlung im Audimax der Universität Hamburg zu dem Thema ‚Wissenschaft und Faschismus‘ darauf Bezug: *Das Gespenst des Faschismus geht um. Das Wort ist gefallen* (Taubes 1967, S. 32). Am 12. Mai reagiert der Frankfurter SDS auf eine Festansprache Horkheimers, die dieser zu dem Thema „Amerika heute im Bewußtsein der Deutschen. Zum Problem der Verständigung“ am 7. Mai 1967 zur Eröffnung einer deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche gehalten hat. Horkheimer formuliert darin seine Sympathie für Amerika, was den SDS veranlasst, dies als *Apologie des Faschismus und Imperialismus* (SDS 1967, S. 231) zu schmähen. Horkheimer, der bis dahin den öffentlichen Streit gescheut hatte (Behrmann 1999, S. 324), reagiert seinerseits mit einem Brief, in dem er seiner *Furcht vor der Verwandtschaft dessen, was heute sich kommunistisch nennt, mit faschistischem Terror* (Horkheimer 1967, S. 232) Ausdruck gibt.

Insbesondere Habermas’ Invektive vom 9. Juni 1967 aber dynamisiert und emotionalisiert:

*[Rudi Dutschke hat] eine voluntaristische Ideologie entwickel[t], die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, die aber unter heutigen Umständen – jedenfalls glaube ich, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen – ‚linken Faschismus‘ nennen muß.* (Habermas 1967, S. 148)

Dieser Redebeitrag Jürgen Habermas’ ist ein prototypischer Beleg für die Auseinandersetzung von 68ern mit dem Thema ‚Gewalt‘: ‚Studenten, die den Staat provozieren‘. Habermas attribuiert das Stereotyp *Faschismus* mit dem Partnerwort *links* und zwingt damit politiksemantische Gegensätze in ein Gleichheitsverhältnis. Was zuvor im Diskurs ohne Spezifizierung gebraucht wurde, erhält nunmehr ein Attribut, womit einander ausschließende Konzepte in einen Kontext gebracht werden: Habermas bezieht zwei Chiffren mit hohem assoziativem Potenzial aufeinander, deren Evokationen einander widersprechen: *links* ist antifaschistisch, *Faschismus* ist rechts.<sup>17</sup> Diese aporetische, antonymische Konstellation bewirkt die Durchsetzung: *Linker Faschismus* – das Wort ist da und beherrscht den Diskurs. Die Kraft des Topos dokumentiert seine hohe interdiskursive Präsenz, die sich z.B. in der witzigen Selbstbezeichnung manifestiert: *Berlins linke Faschisten grüßen Teddy den Klassizisten* ist auf einem Transparent zu lesen, das im Zuge des nach dem Streit um den Iphigenie-Vortrag zwischen Adorno einerseits, Kommune II und SDS andererseits entstandenen Tumults an der FU Ber-

17 Als Benennungsmotiv vermutet Behrmann übersteigerte Erwartungen. Weil sie nicht mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden konnte und daher „moralisch privilegiert“ war, richteten sich „an diese [68er-]Generation ... daher besondere Erwartungen, wie sie Jürgen Habermas in Hannover artikuliert hatte. Weil überzogen, waren diese Erwartungen aber auch besonders enttäuschungsanfällig“ (Behrmann 1999, S. 325).

lin am 7. Juli 1967 entfaltet wurde (vgl. Kraushaar 2003, 265). Der Diskurs setzt sich fort, etwa mit der Bewertung des Rektors der Frankfurter Universität Rüegg, der im November 1967 die Go-Ins in die Vorlesungen von Carlo Schmid und Iring Fetscher, zu denen der SDS Frankfurt am 17. November aufgerufen hat, als *Einübung faschistischer Terrormethoden* denunziert; schließlich mit dem von dem Habermas-Doktoranden Oskar Negt initiierten Projekt ‚Die Linke antwortet Habermas‘. Dass der Vorwurf ‚Habermas‘ von den Linken als Ausdruck für eine ernste Entzweiung gehalten wird, drückt dieses Projekt aus. Man setzt sich damit mit der von den Aktivisten als Autorität umworbenen Habermas, dem mit ihnen ja weitgehend solidarischen Theorielieferanten, auseinander – Oskar Negt, sein Schüler, spielt dabei offensichtlich die Rolle eines diskursiven Mediators: In der Einleitung zu diesem Sammelband stellt Negt fest, dass die Anerkennung „der provokativen Gewaltanwendung und der begrenzten Regelverletzungen ... schließlich auch dazu führte, daß er [Habermas] den Vorwurf des ‚linken Faschismus‘ stillschweigend zurücknahm“ (Negt 1968b, S. 30).<sup>18</sup> Beifall wird er dafür von Theodor W. Adorno erhalten haben. Seine Beiträge zu dem auf die studentische Linke bezogenen Faschismus-Diskurs sind die eines Mentors. Adorno stellt sich vor die studentische Linke, am 30. November 1967 etwa, im Rahmen seiner Ästhetik-Vorlesung – *Ich möchte aber doch sagen, gerade in diesem Zusammenhang, daß ich den Vorwurf faschistischer Methoden nicht für gerechtfertigt halte* –, indem er mit Bedacht und wohlbegründet von seinen persönlichen Erfahrungen mit faschistischen Methoden 1932 berichtet, wie *eine Horde faschistischer Studenten in die Universität gestürmt ist und die Dissertierenden verprügelt hat*. Der Unterschied zwischen dieser Erfahrung und der studentischen Aktion des Go-Ins sei *der Unterschied um das Ganze*. Dieser Unterschied begründet sich darin, dass *eine Bewegung, die nicht mit Mitteln des physischen Terrors operiert und die ausdrücklich nicht auf eine elitäre oder Minderheitenherrschaft aus ist, eine Bewegung, die vielmehr sich zum Ziel die Aufklärung der demokratischen Majorität gemacht hat, dass eine solche Bewegung eben auch dann mit dem Faschismus nicht zu identifizieren sei, wenn einzelne Dinge vorkommen, die mit unseren traditionell demokratischen Spielregeln nicht ganz übereinstimmen*. Mit dieser Begründung lehnt Adorno das Prädikat *faschistisch* ausdrücklich ab – *So würde ich für meinen Teil die demonstrierenden Studenten gegen den Vorwurf des Faschismus verteidigen* – um als weiteres Argument das der physischen Gewalt zu nennen:

*Die Aktionen selbst haben ja bis jetzt nicht den Charakter der zertrampelnden physischen Gewalttätigkeit gehabt, sondern haben sich durch den eigenen Charakter qualitativ von den faschistischen Aktionen unterschieden. (Adorno 1967, S. 327)*

18 In einem Interview mit Wolfgang Kraushaar im Jahr 1989 bezeichnet Negt dieses Projekt als „Wiedergutmachung ... Damals ist von einer Gruppe von Leuten Habermas gegenüber eine Form der Arroganz im Spiel gewesen, die alles andere als gerechtfertigt war“ (Kraushaar 2003 III 279).

Diese Skizze des Diskursverlaufs macht deutlich: *Faschismus/faschistisch* ist eine hochwillkommene Kategorie zur Bewertung widerständischen studentischen ebenso wie staatlich-autoritären Verhaltens. Die kommunikative Bedingung dieses Diskurs-Segments jedoch ist eine von zutiefst antifaschistischem Selbstverständnis aller Beteiligten bestimmte Konstellation, die die injurierende Kraft des Stereotyps ausmacht. Dessen Erfolg im Diskurs lässt sich damit erklären, dass alle Beteiligten geprägt sind von dezidiert antifaschistischem Denken: Kein Politiker, kein Vertreter der Medien im Nachkriegsdeutschland, der nicht den Antifaschismus explizit als gesellschaftliche Leitidee verteidigt – wir sprechen vom öffentlichen Diskurs. Die Emigranten Horkheimer und Adorno haben seit den dreißiger Jahren ihre wissenschaftliche Arbeit darauf abgestellt, Habermas versteht seine Analysen als Beitrag zu einer durch und durch demokratischen und damit von jeglichen faschistischen Tendenzen freien Gesellschaft. Ebenso die studentische Linke – mit Peter Schneider: „Der antifaschistische Impuls der 68er-Bewegung ... ist ... das bestimmende emotionale Motiv der Rebellion in Deutschland gewesen“ (Schneider 2008, S. 124). Unter diesen Voraussetzungen hat das Stereotyp ganz offensichtlich den von jeglicher denotierenden Funktion fernen Charakter einer Invektive, einer Beleidigung, deren perlokutive Kraft sich entwickelt, weil das Denotat der Zuschreibung und das Selbstverständnis der damit Versehenen allergrößte Gegensätze bilden.

Fragen wir nun nach den begrifflich-theoretischen Voraussetzungen des Faschismus-Diskurses: Welches Faschismus-Konzept liegt dem Diskurs zugrunde?

### 3. Die theoretischen Voraussetzungen

Die Kategorie *Faschismus* ist affin zu den klassischen linken bzw. kommunistischen Theorien. Diese Theorien übernehmen von Beginn an *Faschismus* als Kampfwort der politischen Auseinandersetzung mit dem Gegner.<sup>19</sup> In der klassischen kommunistischen Faschismus-Definition sind diejenigen Elemente enthalten, auf die sich die antifaschistische, antikapitalistische Kritische Theorie – als Faschismustheorie – bezieht, und die es den Dis-

19 In den frühen 1920er Jahren wird *Faschismus/faschistisch* als Selbstbezeichnung von Mitgliedern der von Mussolini gegründeten italienischen, seltener auch von Angehörigen der Nazi-Bewegung verwendet. Gleichzeitig ist es auch Kampfwort des politischen Gegners, insbesondere der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Die klassische Definition lautet: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (zit. nach Brunner/Conze/Koselleck 1975, Band 2, s.v. *Faschismus*, S. 332). Zum Selbstverständnis der DDR als antifaschistisch und zum Anteil der Antifaschisten am politischen und gesellschaftlichen Aufbau der DDR vgl. Kämper (2005, S. 124ff. und S. 447ff.).

kursbeteiligten von 1967/68 erlaubt, die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland sub specie Faschismus zu analysieren. *Terroristische Diktatur*, das ist zum Beispiel der *Polizeiterror*, dem am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg zum Opfer fiel. Als *reaktionär*, *chauvinistisch* und *imperialistisch* gelten den studentischen Aktivisten die Herrschenden, mit *Finanzkapital* kann man sich auf den Spätkapitalismus Nachkriegsdeutschlands beziehen.<sup>20</sup> Von der Kritischen Theorie erhält die studentische Linke also auch ihre Argumente im Kontext des Faschismus-Diskurses. Sie verdichten sich in der Ligatur von *Faschismus* und *Kapitalismus*, und von *faschistisch* und *autoritär*. Diese Ligatur wird zum einen mit der von Horkheimer entwickelten Kategorie des *autoritären Staats*, zum andern mit von Adorno entwickelten des *autoritären Charakters* vollzogen. Beide sind Ergebnisse von Faschismusanalysen.

Was Horkheimers Theorie so überaus geeignet macht, den 68er-Diskurs argumentativ auszustatten, ist sein Kapitalismus-Konzept, mit dem er auf das ökonomische Strukturelement des deutschen Faschismus Bezug nimmt. Man folgt seinem Credo „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer 1939, S. 8)<sup>21</sup>, und schafft sich so eine Argumentationsbasis – so z.B. Hans-Jürgen Krahl, der die eingängige Sentenz Horkheimers reformuliert – *Max Horkheimers Theorem, daß der Monopolkapitalismus potentiell Faschismus ist, besteht zu Recht* (Krahl 1968c, S. 462f.), – so z.B. Johannes Agnoli, der die Reformulierung *Kapitalismus führt zum Faschismus* um eine Spezifizierung ergänzt:

*Ebenso wie die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus zu verschiedenen historischen Erscheinungsformen des Faschismus geführt hat, so spezifiziert sich heute das Verhältnis des Kapitalismus zum Faschismus je nach dem Entwicklungsstand der kapitalistischen Organisation der Produktion und des Marktes. (Agnoli 1968b, S. 45)*

Dass *Faschismus* eine Kategorie darstellt, die auf die von Kapitalismus geprägte Gegenwart beziehbar ist, steht also außer Frage. Denn Faschismus setzt die als gesetzmäßig verstandene Epochalisierung fort als letztes

20 „Diese Kritische Theorie [der 30er Jahre, die in den 60er Jahren verbreitet wurde] galt vor allem als Faschismustheorie. Am IFS wurde der Nationalsozialismus als ‚Faschismus‘ interpretiert. ... Sozialstruktur (ökonomisch-politische Verfassung der Gesellschaft), Kultur (vorherrschende Lebensformen, Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen) und Charakterstruktur (autoritäre Persönlichkeit) wurden in der Analyse so miteinander verschränkt, daß sich der Eindruck eines nahezu geschlossenen Wirkungszusammenhangs aufdrängte. Für die späte Wirkung dieser Faschismustheorie in den 60er Jahren war nun unter anderem besonders wichtig, daß der Faschismus als zwangsläufige Folge der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften gedeutet wurde, die sich nur noch in dieser Form reproduzieren können“ (Bock 1999, S. 560).

21 „Dieser Satz Horkheimers hat für die rebellierenden Studenten und Jugendlichen und die Formeln, die sie im politischen Tageskampf benutzten, eine schlechthin zentrale Bedeutung gehabt. Kapitalismus ist potentieller Faschismus“ (Negt 2001, S. 247).

Stadium des Kapitalismus.<sup>22</sup> Mit diesem Modell lässt sich Faschismus als Strukturphänomen beschreiben. Zwischen Kapitalismus und Faschismus stellt man insofern ein Kausalitätsverhältnis her, mit dem man die bundesrepublikanische Gegenwart und die Gefahren ihrer Entwicklung konstituiert. Dieser Zusammenhang schafft die Möglichkeit, das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem der gegenwärtigen Bundesrepublik bzw. Ausdrucksformen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu erklären, zu bewerten, zu kritisieren und zu denunzieren – im Sinn von Strukturen und Systemen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft. – Daher erklärt sich übrigens auch, dass die persönliche Beteiligung am Nationalsozialismus in den Jahren 1967/68 (im Vergleich zu den frühen sechziger Jahren) wenig mehr im Sinn eines individuellen Phänomens einer Einzelperson zu gelten scheint. Zwar erhalten die Diskursteilnehmer von dem Schweigen der Nazi-Generation zu ihrer Verantwortung ihre Widerstandsbereitschaft und ihre Argumente<sup>23</sup>, zwar ruft die personelle Kontinuität in der Nachkriegszeit ihre Empörung hervor, zwar sind Personen wie Kiesinger und Lübke Ziel ihres antifaschistischen Kampfes. Sie sind es jedoch in den Jahren 1967/68 nicht mehr als Person Kiesinger oder Lübke, sondern vielmehr als ein Strukturphänomen, als sog. *Charaktermasken*, die die postfaschistische bürgerliche Gesellschaft systematisch ermöglicht. M.a.W.: Kiesinger ist der Vertreter der Bundesrepublik, die für die Diskursbeteiligten ein spätkapitalistisches bürgerliches System darstellt, dem der Faschismus immanent ist und dessen Erscheinungsformen prä-, post- oder neofaschistische Züge hat.<sup>24</sup>

Während *Kapitalismus* das Deutungsmuster für das den Faschismus hervorbringende ökonomische System darstellt, bezieht sich die Katego-

- 22 „[...] der Faktor der strukturellen ökonomischen Kontinuität wurde in den 60er Jahren von der intellektuellen Opposition zunehmend zum Kernelement der Staatskritik erhoben. Dabei handelte es sich zunächst um einen Reflex gegen die noch kurz zuvor allgegenwärtige Negierung jeder Kontinuität über die Jahre 1933 und 1945 hinweg. Die daraus entstehende abstrakte Faschismusdebatte widmete den ökonomischen Kontinuitätsmerkmalen die größte Aufmerksamkeit. An dieser Stelle ergaben sich manche Affinitäten zu der in der DDR vertretenen Faschismus-Auffassung als der extremsten Variante monopolkapitalistischer Diktatur“ (Siegfried 2003, S. 97).
- 23 „Wir alle waren davon überzeugt, daß der Nationalsozialismus nicht die Macht ergriffen hätte, wenn unsere Eltern und Großeltern nicht in obrigkeitshöriger Kleinbürgerei und Sexualfeindlichkeit befangen gewesen wären“ (Böckelmann 1988/1993, S. 217).
- 24 Insofern kongruieren „die generalisierenden Konzepte zur Vergangenheitsbewältigung“, die die Kritische Theorie bereit hielt, mit den Interessen der studentischen Linken. Sie führten „aus der historischen Einzelfallabwägung der Vätergeneration, aus historisch-hermeneutischen Deutungen des Nationalsozialismus hinaus“, sie ließen „generelle und damit definitive Urteile über Ursachen- und Schuldfragen zu“, die somit politisch auf die Gegenwartslagen übertragbar waren. So konnte der „verlorene[...] Kampf der Väter gegen den Faschismus“ nachgeholt werden, so konnte man sich „politisch-moralisch für die Demokratie ... qualifizieren“ (Albrecht 1999b, S. 202).

rie *autoritärer Charakter* auf die mentale antidemokratische Disposition. Theodor W. Adornos sozialpsychologische Studie, die im amerikanischen Exil unter dem Titel ‚The Authoritarian Personality‘ 1949/50 erschien<sup>25</sup>, schafft den Argumentations- und Legitimationsgrund für die Überzeugung, die das Denken, Verhalten und Reden der Mitglieder der Protestbewegung beherrschen: Faschismus ist latente, im ‚Charakter‘ angelegte Gefahr, die unter bestimmten Bedingungen aufbricht. Die in Texten der späten 1960er Jahre wiederkehrenden Formeln *autoritäre Persönlichkeit*, *autoritäres Verhaltenspotential* und *autoritärer Charakter* sind Belege für den Wert dieser Theorie als Erklärungsmodell der Nachkriegsgesellschaft.<sup>26</sup> Man benutzt Adornos Konzept wie das *Kapitalismus*-Konzept von Horkheimer, zur Erklärung von gesellschaftlichen Gegenwartsphänomenen. Diese Phänomene sind solche, in denen sich einem autoritären Charakter entsprechendes Verhalten und Denken manifestieren. Anlässlich der staatlichen Reaktionen auf die Erschießung Benno Ohnesorgs deutet man z.B. *die Personalisierung der Schuld bei einem Kriminalbeamten als auch die Theorie von den Rädelsführern, Radikalinskis und Scharfmachern in unserer Mitte, diesen dunklen Kräften im Hintergrund* als wohlbekannte Strategien: *Wir kennen sie aus der Ideologie des autoritären Charakters. Es sind das immer wieder analysierte Stereotype des faschistoiden Denkens* (Tiedemann 1967, S. 39f.).

Die Kategorie *Faschismus/faschistisch* leistet also (im Gegensatz zu *Nationalsozialismus*) die Abstraktion, die nötig ist, um damit auf die Gegenwart Bezug nehmen zu können, und wenn den Diskursbeteiligten zugeschrieben wird, für eine Radikalisierung<sup>27</sup> und Universalisierung<sup>28</sup> gesorgt zu haben, dann besteht die Radikalisierung in der konzeptuellen Abstrahierung der Wortfamilie, die den Umfang ihrer referenziellen Bezüge stark erwei-

- 25 ‚The Authoritarian Personality‘ beinhaltet Adornos Beiträge zu dem von ihm, Frankel-Brunswik, Levinson und Sanford verantworteten Band einer fünfbandigen Reihe ‚Studies in Prejudice‘, die die Ergebnisse einer groß angelegten Untersuchung zur „Genese des Vorurteils und insbesondere des Antisemitismus“ (zit. nach Adorno 1950, IX) darstellt.
- 26 Ebenso ist natürlich die Selbstkonstituierung als antiautoritär in diesen Kontext zu stellen. Das Autostereotyp *antiautoritär* ist ohne den Einfluss der Befunde, die Adorno in seiner Studie formuliert hat, nicht zu denken (vgl. dazu auch Krohn 2003, S. 702).
- 27 „[...] die kritischen Studenten der späten 60er Jahre [waren] alles andere als die Auslöser einer selbstkritischen NS-Debatte. Sie radikalisierten lediglich jenen intensiven Diskurs, der die westdeutsche Gesellschaft bereits seit zehn Jahren beschäftigte, mit dem sie groß geworden waren, der aber auch die Versäumnisse pointiert benannt hatte. Diese Radikalisierung speiste sich nicht etwa aus einer Schockwirkung der NS-Verbrechen, sondern aus der Empörung über die Doppelmoral, mit der die westdeutsche Gesellschaft diesen Verbrechen entgegentrat und ihre Vergangenheit zu bewältigen behauptete“ (Siegfried 2003, S. 104).
- 28 Nicht 1968, sondern 1959 „[brach] die Diskussion um die unbewältigte Vergangenheit los[...] und die politische Pädagogik [nahm] sich des Themas an[...]. Die protestierende Generation universalisierte hier nur, was ihr in den Schulen und den Medien in den 60er Jahren vermittelt worden war“ (Albrecht 1999c, S. 568).

tert. Mit Universalisierung lässt sich die diskursive Omnipräsenz des Faschismus-Konzepts bezeichnen. Ich bin damit bei den sprachlichen Strategien, die die Adaption des Faschismus-Konzepts auf die bundesrepublikanische Gegenwart ermöglichen – es handelt sich um semantische Strategien der Umdeutung.

#### 4. Enthistorisieren

*Faschismus/faschistisch* wird in den späten 60er Jahren als Stereotyp ausgedeutet, das die Gegenwart konstituiert. Gegenwart aus der Perspektive der studentischen Linken stellt sich dar als Phänomen eines *neuen Faschismus*, eines *heutigen Faschismus* – eine „Leerformel“, die Peter Schneider im Rückblick für „besonders verführerisch und gefährlich“ hält, weil sie „alle Unterschiede zwischen dem historischen Faschismus einschließlich seiner aktuellen Ausprägungen in Spanien und Portugal und den westlichen Demokratien verwischte“ (Schneider 2008, S. 255).<sup>29</sup> Kontinuität und Diskontinuität zugleich sind damit ausgedrückt. Kontinuität meint, dass dieselben Strukturen und Mechanismen wirken, die den historischen Faschismus zur Folge hatten. Diskontinuität meint, dass der Faschismus der Gegenwart ein neues Gesicht hat.<sup>30</sup> Verbindungen wie *neuer Faschismus*, *heutiger Faschismus*, die Prozessbezeichnung *Faschisierung*, die Zustandsbezeichnung *faschisiert* und vor allem der 68er-Neologismus *faschistoid* belegen: Das Faschismuskonzept erfährt eine Umdeutung. Die Bundesrepublik als ein dem Faschismus irgendwie vergleichbares, verwandtes System mit faschistischen Erscheinungsformen – diese Konstitution ist diskursnotwendig zur Konzeption der Gegenwart als demokratiefeindlich, der Zukunft als wirklich demokratisch. Die diskursive Strategie der Enthistorisierung realisiert dieses Konzept. Enthistorisie-

29 Ebenso hält Norbert Frei „die Universalisierung des Faschismusvorwurfs, wie sie die radikale Linke zum Zwecke der Kapitalismuskritik ... favorisierte, nicht nur [für] maßlos überzogen, sondern auch [für] eine Verharmlosung des ‚Dritten Reiches‘“ (Frei 2008, S. 222). Unabhängig davon aber dokumentiert dieses Diskurselement die ungeheure Präsenz den Nationalsozialismus. Er bildet die stets eingezogene Referenzebene, die immer gültige Interpretationsvoraussetzung der gegenwärtigen Gegebenheiten.

30 *Der heutige Faschismus steckt in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat. Den letzteren zu sprengen ist unsere Aufgabe, und daran arbeiten wir.* (Dutschke 1968, S. 115); *Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz, er liegt im bestehenden System der Institutionen* (ebd. S. 116); *Erfolgreich und prämiert ist der Wissenschaftler heute in der Bundesrepublik – einer Gesellschaft, die sich zu einem neuen Faschismus totalisiert – um den Preis der Aufgabe emanzipativer, systemtranszendierender Intentionen* (Brückner/Leithäuser 1968, S. 73). Bei Enzensberger ist heute repräsentiert durch *Wirklichkeit*. *Dieser neue Faschismus ist keine Drohung, er ist längst Wirklichkeit; es ist ein alltäglicher, einhäusiger, verinnerlichter, institutionell gesicherter und maskierter Faschismus* (Enzensberger 1968, S. 191).

rung ist Voraussetzung zur Erreichung dieses diskursiven Zwecks, also die Identifizierung von für autoritär-demokratiefeindlich gehaltenen gegenwärtigen Strukturen und Erscheinungen der Bundesrepublik mit Merkmalen faschistischer Provenienz, als Möglichkeit, auf der „These von der Kontinuität des Faschismus“ (Rusinek 2003, S. 143) beharren zu können.

Wie sich der alte gegen den neuen gegenwartsbezogenen Faschismus verhält, ist Gegenstand von Analysen, deren Ergebnisdarstellung durch Enthistorisierung geprägt ist. Während Hans Magnus Enzensbergers Explizitheit eine Ausnahme darstellt, indem er vorbehaltlos die Zuschreibung *neuer Faschismus* gebraucht – *Der neue Faschismus ist die Parodie der Konterrevolution* (Enzensberger 1968, S. 191) –, ist vielmehr diskurstypisch die Nutzung mehr oder weniger implikatorischen Potenzials. Claus Offe impliziert mit der Formulierung *Faschismus alten Typs*<sup>31</sup> die Parallele *Faschismus neuen Typs*, die Verbkonstruktion *war noch* impliziert *nicht mehr*. Diese beabsichtigten Evokationen werden durch die anschließende Temporaldeixis *Heute*, durch den Gleichheitsmarker *gleiche* sowie durch die Komparativformen (*geräuschloser und unauffälliger*) bestätigt. Reimut Reiche kennzeichnet in seinem Beitrag den Wahrheitswert einer Aussage zwar als offene Frage<sup>32</sup>, stellt jedoch mit der Formulierung *klassischer Faschismus* ebenfalls implizite Identität her: *klassischer Faschismus* impliziert *nichtklassischer Faschismus*. Wir sehen: Es gibt Haltungen zur Gegenwartsdemokratie, die eine Parallele zum historischen Faschismus durch die Aktualisierung von, das Phänomen zwar mäßigenden Kennzeichen herstellen, eine prinzipielle Nähe aber – durch den Gebrauch der Kategorie *Faschismus* – behaupten. Diese Behauptung drückt sich durch Attribuierung aus: Während die absolute, attributlose Verwendung von *Faschismus* keine parallelisierenden Evokationen erzeugt, indem *Faschismus* dann ausschließlich auf das historische Phänomen in der Vergangenheit referiert, sind es die Kollokatoren (wie *alt*, *klassisch*), die den Analogismus fordern, gleichsam eine Leerstelle eröffnen, Parallelisierung heischen. Diese Form der Parallelisierung beruht auf der Strategie der Enthistorisierung. Enthistorisieren meint: die Bedeutungsstruktur von *Faschismus* so zurichten, dass die Bezeichnung für die Gegenwart adaptierbar wird. Einer der Protagonisten dieser Strategie ist Johannes Agnoli. In der Feststellung einer fehlenden faschistischen Phänomenologie sieht er eine Gefahr:

31 [...]der Faschismus alten Typs ... war noch darauf angewiesen, die disruptiven Tendenzen des bürgerlichen Parlamentarismus durch dessen Zerstörung abzuwenden. Heute läuft der funktional gleiche Prozess geräuschloser und unauffälliger, nämlich innerhalb des institutionellen Rahmens parlamentarischer Herrschaftsausübung selber ab. (Offe 1968a, S. 370)

32 Es ist im Rahmen dieser Analyse eine Antwort darauf nicht möglich, ob die politische Stunde bereits wieder da ist, da das System der Herrschaft im autoritären Staat wirklich auf die Mechanismen zurückgreifen und sie kollektiv gegen uns wird einsetzen müssen, die heute »nur« als individuelle und isolierte Mechanismen vorhanden sind. Unbeantwortbar bleibt auch die Frage, ob dies so glatt gelingen würde wie im klassischen Faschismus. (Reiche 1968, S. 31)

*Eine der Fehlerquellen für die Faschismusreflexion und die Beschäftigung mit neofaschistischen Strömungen scheint mir in Deutschland darin zu liegen, daß man gewöhnlich in Terror und Gewaltanwendung das Wesensmerkmal des Faschismus sieht, und so allmählich Terror und Gewalt zur einzigen Betätigungsform des Faschismus verabsolutiert wurden. (Agnoli 1968b, S. 47)*

Agnoli sieht die *Fixierung der deutschen Öffentlichkeit, aber auch der deutschen Wissenschaft auf den Nationalsozialismus als auf die eigentliche Form des Faschismus* als Gefahr, die dazu führen [kann], daß man aus dem Faschismus – als historisches Phänomen und als virtuelle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auf einen neuen Faschismus hin – genau die Komponenten, die etwa auf die Bundesrepublik zutreffen, ausklammert (ebd., S. 47f.). Er verweist darauf, dass, wenn man unter Faschismus weitgehend Gaskammern, Konzentrationslager verstehe, die BRD als chemisch rein von Faschismus dastehe (ebd., S. 47). Faschismus sei daher nicht nur gleichzusetzen mit seinen äußeren Merkmalen, und es sei oberflächlich, die Politik eines Staates als nichtfaschistisch zu bezeichnen, nur weil die Gewerkschaften sich ‚frei‘ entfalten können.<sup>33</sup> Aufschlussreich ist dann ein kurzer Wortwechsel, der während dieses Referats stattfand. Auf die Feststellung Agnolis *Selbst die Notstandsgesetze sehen, wie man weiß, die Errichtung von Gaskammern nicht vor* folgt der Zwischenruf *Noch nicht!*, auf den Agnoli unmittelbar reagiert:

*Nein, gerade in diesem ‚noch nicht‘ scheint mir die geschichtliche Gefahr, der Mangel an geschichtlicher Spezifizierung zu liegen. Wenn wir sagen: noch nicht, dann begeben wir uns eben in die Falle, die uns begrifflich gestellt wird, denn dann sagen wir: Deutschland ist noch nicht faschistisch, weil es immer noch keine Gaskammern gibt. (ebd., S. 48)*

Worauf will der Referent hinaus? Wer glaubt, dass Agnoli sich hier konzeptuelle Bedingungen schafft, die Bundesrepublik mit Faschismus unmittelbar gleichzusetzen, irrt: *Die Bundesrepublik Deutschland ist kein faschistischer Staat* lässt er verlauten, um – über Abstraktion und Selektion – die Zuschreibung mit dem Prädikat *faschistisch* dann allerdings doch wieder zu vollziehen: *aber die Kerntendenz der Abwehr gegen Emanzipation in der Bundesrepublik, im bürgerlichen Staat, ist faschistisch. D.h. konkreter formuliert und auch historischer: Der Umschlag in den offenen Faschismus ist dem bürgerlichen Staat immanent* (ebd., S. 57). Auch Furio Cerutti – er ist arrivierter Politologe – argumentiert enthistorisierend. Er möchte den *starren Faschismusbegriff* aufgeben und ihn nicht nur

33 Mit seiner Einschätzung einer an Terror und Gewalt geknüpften Faschismus-Konzeption hat Agnoli recht. Die Ausdeutung des gegenwartsbezogenen Faschismus-Konzepts läuft wesentlich über die Begriffselemente des ‚Terror und Gewalt‘-Feldes: *terroristischer Druck, physischer Terror, Polizeiterror, zertrampelnde physische Gewalttätigkeit, nackte Gewalt der Repression, irrationale Gewalt, Maschinengewehr, bewaffnete restaurative Reaktion, paramilitärische Organisationen, Minderheiten in Angst versetzen, physisch vernichten, Konzentrationslager, Mord, Folterung* sind die vielfach belegten Partnerwörter. Das Feld ‚undemokratisch‘ ist jedoch nicht unbesetzt: *Minderheitenherrschaft, Führerprinzip, Aufhebung der Grundrechte, gleichgeschaltete Presse, undemokratische Verhältnisse, blinde Akklamation, hierarchische Struktur* sind ebenfalls Kontextpartner von *Faschismus/faschistisch*.

beziehen auf einen Staat, der *die nackte Gewalt der Repression anwendet, wenn das Maschinengewehr den Polizeiknüppel ablöst und KZ errichtet werden*. Vielmehr müsse man

*erkennen, daß im kapitalistischen Restaurationsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg Terror und Gewalt neue, subtile Formen angenommen haben, daß aber das tiefliegende faschistische Potential dieser Gesellschaft in einer verschärften Kampfplage umstandslos zu seinen traditionellen Mitteln zurückgreift: das hat sich gerade in der brutalen Repression der Studentendemonstrationen gezeigt.* (Cerutti 1968, S. 41f.)

Schließlich Ekkehart Krippendorf, der dafür plädiert, die jetzige Gesellschaft *nicht nach den Kriterien der dem historischen Faschismus eigenen äußerlichen Herrschaftsmethoden* zu beurteilen. Stattdessen sei allein ausschlaggebend

*die Frage nach den gesellschaftlichen Funktionen des Faschismus in der jüngsten deutschen und westeuropäischen Geschichte – nämlich als ein möglicher und in jener konkreten Form kaum reproduzierbarer Versuch der Sicherung gesellschaftlicher Machtpositionen im Kapitalismus.* (Krippendorf 1968, S. 169)

Diese *gesellschaftsfunktionale*, von dem *historisch einmaligen Begriff von Faschismus* entbundene Perspektive, aus der die Linke ihr Selbstverständnis generiert<sup>34</sup>, zeige,

*daß Faschismus sich auch in anderen Formen als denen des Dritten Reiches mit Schlägerkolonnen und KZ's einstellen kann - oder anders gesagt: daß die gegenwärtige spätkapitalistische Gesellschaft jener kruden Formen der Repression noch nicht oder nicht mehr zu ihrer Selbsterhaltung und zur Unterdrückung ihrer inneren Widersprüche bedarf* (ebd.).<sup>35</sup>

Wir sehen: Die Bezugsetzung von Faschismus und Nachkriegsdeutschland ist eine evidente Diskursstrategie der späten 1960er Jahre. Diese Bezug-

34 [...] diese gesellschaftsfunktionale – im Unterschied zu einer historischen oder phänomenologischen – Analyse des Faschismus [spielt] eine wesentliche Rolle im Selbstverständnis der Linken (Krippendorf 1968, S. 169).

35 In diesem Beitrag sucht Krippendorf eine Antwort auf die Frage: *Ob und wie weit ... diese unsere Gesellschaft faschistoide Züge trägt bzw. ob und wie weit sie bereits als neo-faschistisch bezeichnet werden kann* (Krippendorf 1968, S. 169). Diese Frage steht in unmittelbarem Zusammenhang mit Habermas' vehementer Kritik an der Belegung der Bundesrepublik mit dem Attribut *faschistisch*, die er auf dem vom Verband Deutscher Studentenschaften einberufenen Schüler- und Studentenkongress am 2. Juni 1968 an den SDS richtete: *sie [verwechseln] die Abwehrreaktionen eines Staates, der durch Normen noch gehalten ist, auf Protestspiele sich einzulassen, mit der nackten Repression einer faschistischen Gewalt – sie unterschätzen deshalb die potentielle Gewalt eines Staates, der eines Tages wirklich zur manifesten Unterdrückung wehrloser Gruppen übergehen könnte* (Habermas 1968, S. 199). Krippendorf rechtfertigt – mit explizitem Bezug und Habermas zitierend – diese Zuschreibung als *politisch durchaus legitim*. Es sei zulässig, *bereits dort von Faschismus zu sprechen und vor ihm zu warnen, wo Habermas noch nur »die Abwehrreaktionen eines Staates, der durch Normen noch gehalten ist«, sehen zu können glaubt* (Krippendorf 1968, S. 169).

setzung kann nicht die einer unbedingten Gleichsetzung sein – schließlich weist der deutsche Nachkriegsstaat einige formaldemokratische Merkmale auf. Um zumindest eine strukturelle Verwandtschaft behaupten zu können, benutzt man die sprachliche Strategie des Enthistorisierens: Mit der Behauptung, ‚die Merkmale des historischen Faschismus sind nicht die einzig gültigen, um ein System als faschistisch auszuweisen‘ modifiziert man die Bedeutungsstruktur von *Faschismus*. Aus der Perspektive der Zeitdimension wird so, im Wesentlichen von der studentischen Linken, *Faschismus* in den Jahren 1967/68 als ein auf die Gegenwart beziehbares Diskurselement konstituiert. ‚Kontinuität des Faschismus‘ lautet die Grundthese der Beteiligten. Voraussetzung für diese Übertragung ist die Erweiterung des traditionellen Begriffsumfangs, der von dem historischen Phänomen des deutschen Nationalsozialismus abzugrenzen ist, um so die Möglichkeit zu schaffen, den Staat und die Gesellschaft der Gegenwart, die Bundesrepublik, unter dieser Kategorie – mit ihrem hoch willkommenen Evokationspotenzial – zu fassen. *Ist das westliche Deutschland faschistisch, präfaschistisch, neo-faschistisch oder faschistoid? Die wackligen Wörter verraten, dass darüber keine Klarheit herrscht* (Enzensberger 1968, S. 191). Enzensberger mochte recht haben, womöglich herrschte keine Klarheit, soviel aber war sicher: Die Gesellschaft sollte faschistisch disponiert sein, der Staat sollte faschistische Züge haben – die so argumentieren, sehen (und schaffen) durchgängig Anlässe, den Staat als *prä-, post-, neo-*, auf jeden Fall aber *faschistisch* zu bezeichnen. Die, aus einer Abkehr von äußeren und einer Hinwendung zu tiefenstrukturellen Merkmalen des Faschismus resultierenden Begriffserweiterungen lassen es zu, jegliche für autoritär gehaltene Erscheinungsformen des Systems (und seiner Vertreter) unter diese Kategorie zu fassen und diese Erscheinungsformen als Signale zumindest eines drohenden, wenn nicht existenten Faschismus zu deuten.<sup>36</sup>

36 Diese Gewissheiten werden in Existenzaussagen manifest: *Die Bedrohung durch einen neuen Faschismus, durch seine sich häufenden Manifestationen, betreffen, obwohl sie von einigen sozialen Positionen aus deutlicher erfahrbar und absehbar sind, das soziale System als Ganzes.* (Offe 1968b, S. 109); *„Halten Sie es nicht für möglich, daß Deutschland in einen neuen Faschismus zurückfällt!“* *„Die Gefahr ist ganz zweifellos da. Ich vermute also, daß insbesondere, wenn die Arbeiter in Massen mit in die Bewegung hineingezogen werden, es zunächst vorübergehend faschistische Tendenzen ganz massiv geben wird.“* (Lefèvre 1968, S. 96); *Springer-Zeitungen ... [propagieren] eine illusionäre Politik ..., die dem faschistischen Potential in ungleich höherem Ausmaß Vorschub leistet als das Nebenprodukt einer Regelverletzung. Solange diese Gesellschaft weder fähig ist, die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse durch demokratische Verhältnisse zu ersetzen, noch den gemeingefährlichen Springer-Konzern zu zerschlagen ..., so lange ist der Faschismus als ein Massenphänomen nach wie vor die bedrohliche Perspektive dieser Gesellschaft* (Negt 1968c, S. 22).

## 5. Analogisieren

Die enthistorisierte und damit begrifflich erweiterte Faschismuskonzeption deutet *Faschismus* also so, dass das Konzept auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit der Jahre 1967/68 applizierbar ist. Das ist die Funktion der enthistorisierenden Strategie: Faschismus als strukturelles, systematisch beschreibbares Phänomen, als ein Kennzeichen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, als eine in ihrem spätkapitalistischen, autoritären System angelegte Tendenz interpretieren. Diese Modifizierung des traditionellen Faschismuskonzepts geschieht auf dem Weg des Analogisierens, mit der Behauptung ‚Merkmale des gegenwärtigen Staats und des Faschismus stehen in einer Ähnlichkeitsbeziehung zueinander‘. In diesem Sinn aktualisiert man vergleichbare Strukturmerkmale, auf den evokativen Effekt dieser Parallelisierung setzend.

Als Argumentationsmuster dient die Strategie der Analogisierung dazu, zwei Sachverhalte in eine Relation zu setzen – „um Unbekanntes aus Bekanntem zu erschließen, oder um Ungleiches mit Ungleichem in Zusammenhang zu bringen“ (Hoenen 1992, S. 498). Diese Relation ist das Ergebnis eines Vergleichs: Die Sachverhalte weisen Entsprechungen, Ähnlichkeiten oder Gleichheit auf derart, dass sie als konzeptuell zusammengehörig interpretiert werden können. Dies geschieht in unserem Fall, also im Kontext des Denkstils der Frankfurter Schule, durch Vergleich von Strukturmerkmalen. Analogisieren bedeutet im Denkstil der Frankfurter Schule also: Behaupten einer Gleichheits- oder Ähnlichkeitsbeziehung der Strukturmerkmale von Faschismus und der deutschen Nachkriegsdemokratie.<sup>37</sup> Das klassische und explizite Muster zur Bezeichnung einer Analogiebeziehung hat die Form: „(So) wie X, so (auch) Y.“ Die Konstruktion im 68er-Diskurs nun basiert auf einem Analogieschluss, der übereinstimmende Verhältnisse bzw. Strukturen in der Nazizeit und in der Gegenwart behauptet, ohne damit die Bundesrepublik schlechthin mit dem Faschismus gleichzusetzen. Ein Beispiel dieser Konstruktion stammt aus der Analyse von Reimut Reiche ‚Hat der autoritäre Staat der BRD eine Massenbasis?‘:

*So wie der Faschismus ... sich seiner eigensten genuin-faschistischen Kerntruppe entledigen mußte, damit er seine Aufgabe im Dienst des Kapitalismus erfüllen konnte, – so wurde es nach dem Faschismus für jedes restaurative, kapitalistisch-demokratische System eine Überlebensfrage, daß wirklich keine fundamental demokratische Bewegung aufkäme, die ihrerseits so radikal demokra-*

37 Die Wissenschaftsgeschichte bestätigt diesen Befund: „die Konzepte zur Vergangenheitsbewältigung der Kritischen Theorie [bestehen] ... durch ihre generellen Begriffe auf der Identität von Kausalität und Schuld. Nur dadurch werden diese Theorien auch politisch-praktisch auf die Gegenwart anwendbar, weil sie generelle Merkmale benennen, deren Träger Schuld an der historischen Genese des Nationalsozialismus hatten, oder sich in der Gegenwart der Gefahr einer Wiederholung schuldig machen“ (Albrecht 1999b, S. 201).

*tisch würde, daß sie die kapitalistischen Fesseln des formal demokratischen Systems zu sprengen drohte. (Reiche 1968, S. 25)*

Reiche stellt zunächst die Ebene einer temporalen Beziehung her – *Faschismus* und *nach dem Faschismus* – um auf dieser Ebene dann den für vergleichbar gehaltenen Sachverhalt ‚Entstehung und Umgang mit opponierenden Gruppierungen innerhalb des Systems‘ zu beschreiben. Obwohl der Autor die direkte Gleichsetzung nicht wagt – schließlich ist die Bundesrepublik als Demokratie anzuerkennen, wenn auch nur als Schein-, als formale Demokratie eines autoritären Staats – ist dies auf jeden Fall aber ein Beispiel für die relativ explizite Behauptung einer Gleichheitsbeziehung. Eine implizite, die direkte Zuschreibung vermeidende Strategie, Bundesrepublik und Faschismus eng zu führen, ist z.B. bei Habermas nachzuweisen. Er stellt eine Verbindung zum Faschismus derart her, dass er das Vergangenheitsphänomen ‚Reaktion der Staatsgewalt‘ mit dem Gegenwartsphänomen ‚Reaktion der Staatsgewalt‘ über die Kategorie *Faschismus* implizit in ein Gleichheitsverhältnis setzt: *In der vergangenen Woche hat die Reaktion der Staatsgewalt auf Studentenproteste eine neue Qualität angenommen, eine Qualität, die wir seit den Tagen des Faschismus zum ersten Mal wieder kennenlernen* (Habermas 1967, S. 138). Mit dieser historischen Einordnung führt Habermas die Kategorie *Faschismus* explizit in den Diskurs ein und plausibilisiert durch die Behauptung struktureller Parallelen die Behauptung: Bundesrepublik und Faschismus haben eine gemeinsame Schnittmenge. Unter dem Vorbehalt, dass *die Augenzeugenberichte ... nicht widerlegt werden*, sei festzustellen, dass *die Polizei ... Terror ausgeübt und der Berliner Senat ... diesen Terror gedeckt hat*. Es folgt die Definition: *Terror heißt: gezielte Einschüchterung ... faktische Einschränkung geltender Rechte. Terror zielt ... auf die Abschreckung künftiger Proteste* (ebd.). Eingelassen in eine weitere Vorbehaltsklausel (*sollte ... nicht*) folgt die Bewertung, die diese Tötung als antidemokratischen Akt qualifiziert:

*Sollte der begründete Verdacht auf Terror nicht ... aufgeklärt werden, sollte er ... nicht ... juristische und politische Folgen haben, dann werden wir den 2. Juni 1967 als einen Tag in Erinnerung behalten müssen, an dem die Gefahr nicht nur einer schleichenden Austrocknung, sondern einer manifesten Erschütterung der Demokratie ... drastisch sichtbar geworden ist. (ebd., S. 138f.)*

Solcher *Polizeiterror* könne *den ersten definitiven Schritt zum Polizeistaat bedeuten* (ebd., S. 141).

In einem Kursbuchbeitrag von 1968 stellt Hans Magnus Enzensberger eine Synopse her. *Der alte Faschismus war die Parodie der Revolution* ist die Einleitung einer Merkmalanalyse:

*Er lebte vom Raub, davon, was er dem überfallenen Sozialismus abnahm an Taktik, Strategie und psychischen Triebkräften. Er verstand sich als Bewegung. Er machte die Massen mobil. Er verließ sich auf die Randgruppen der Gesellschaft, die nicht Integrierten, die Schwankenden.*

Es folgt die syntaktisch parallele Überleitung *Der neue Faschismus ist die Parodie der Konterrevolution* und – in dialektischer Manier – die Umkehrung:

*Er zehrt vom Bestand der „Wirtschaftswunderzeit“. An Taktik, Strategie und psychischer Triebkraft stehen ihm nur Überbleibsel aus der Epoche des Antikommunismus und des Kalten Krieges zu Gebot. Er versteht sich als belagerte Festung. Er kann es nicht wagen, die Massen zu mobilisieren, er muß sie in Schach halten. Er verläßt sich auf die Mitte der Gesellschaft, die Integrierten, die sich Festklammernden. (Enzensberger 1968, S. 191)*

Den von der Analogie geforderten Gleichheitsbezug stellen in dieser Synopse also die Gegensätze her: *alt/neu, Revolution/Konterrevolution, machte die Massen mobil/kann es nicht wagen, die Massen zu mobilisieren* usw. Diese Gegensätze werden durch das gemeinsame Bezugswort *Faschismus* und durch die syntaktisch parallelen Konstruktionen dialektisch aufgehoben. Fazit also: Die Bundesrepublik der Gegenwart und *neuer Faschismus* sind gleichzusetzen.

## 6. Fazit

Wir können feststellen:

- *Faschismus/faschistisch* wird in den späten 1960er Jahren als Stereotyp ausgedeutet, das die Gegenwart konstituiert. Das Faschismuskonzept erfährt eine Umdeutung. Die Bundesrepublik als ein dem Faschismus irgendwie vergleichbares, verwandtes System mit faschistischen Erscheinungsformen – diese Konstruktion ist diskursnotwendig und die diskursiven Strategien der Enthistorisierung und der Analogisierung realisieren sie.
- Es ist im Wesentlichen der studentischen Linken vorbehalten, die Gegenwart in der Ismus-Kategorie zu fassen und sie als den größten Gegensatz zu dem seit 1945 gültigen Konzept der Demokratie zu konstituieren. Es ist dies mithin ein Sprachgebrauchsphänomen, das tendenziell generationell begründet ist. Abgesehen von aller Kritik an den obwaltenden Missständen der Nachkriegsdemokratie (die aus ihrer Sicht immer noch das Prädikat Demokratie verdient) – es ist generell nicht die Generation der intellektuellen Linken, also diejenige, die den historischen Faschismus erlebt hat, die Gegenwart und Faschismus implizit gleichsetzt (oder auch nur den Faschismus als tertium comparationis in Bezug auf gegenwärtige Missstände benutzt<sup>38</sup>). Dieses Bedürfnis, die Bundesrepublik der Gegenwart und Faschismus in eine Beziehung zueinander zu bringen, hat die studentische Linke.

38 Die oben kommentierte Analogisierung Jürgen Habermas' findet unter dem hoch emotionalisierten Eindruck der Erschießung Ohnesorgs statt.

- Bereits zeitgenössisch wird der Faschismus-Diskurs gedeutet als Manifestation des „verzweifelten linken Radikalismus, der bei allen Anlässen – und oft nur bei psychischen Symptomen – Faschismusalarm gibt und jeden ‚Liberalen‘, der sich auf seine Bedenken oder auch auf seine Privilegien zurückzieht, als Faschisten anprangert“ (Haug 1968, S. 148). Ähnlich Oskar Negt im Rückblick: „unangenehme Entwicklungen, staatliche Eingriffe, Rechtsentscheidungen“ – stets war man bereit, ihnen „das Entwertungsetikett ‚faschistisch‘“ aufzudrücken (Negt 2001, S. 248). Solche distanzierenden Bewertungen derjenigen, die dabei waren, beantworten nicht die Frage nach der Funktion des Faschismus-Diskurses in den Jahren 1967/68. Sie ist beschreibbar unter der Voraussetzung, dass wir das öffentliche Reden und Schreiben derjenigen, die Ende der 1960er Jahre Unzufriedenheit mit der Bundesrepublik ihrer Gegenwart äußern, im Sinn eines Demokratie-Diskurses verstehen: Anlass und Gegenstand des Protestdiskurses verdichten sich in dem Leitkonzept *Demokratie*, auf das sich die Diskursbeiträge beziehen lassen.<sup>39</sup> Der Faschismus-Diskurs ist interpretierbar als Subthema (mit entsprechenden Begriffselementen), das zu ‚Demokratie‘ in einer spezifischen Relation steht: Eine so konstituierte Gesellschaft bietet die Möglichkeit, nicht nur Widerstand gegen sie zu formulieren und zu praktizieren, sondern diese Konstruktion ist auch Folie zur Konstituierung des zu erreichenden politisch-gesellschaftlichen Ideals einer radikalen Demokratie. Der vorzugsweise studentische Faschismuskurs der späten 1960er Jahre hat die Funktion, eine Argumentationsbasis zur Plausibilisierung eines radikaldemokratischen Gesellschaftsmodells zu schaffen. Insofern ist er sozusagen das Motiv des Demokratie-Diskurses der studentischen Linken. Er ist die Konstruktion des ‚echten‘ Demokratie widersprechenden autoritären, spätkapitalistischen, postfaschistischen Staats des demokratischen Notstands, mit Terror und Gewalt als repressiven Instrumenten, einer manipulativen Presse und einem bürokratischen Apparat. Auf dieser Folie formuliert man das Ideal des Gegenkonzepts: antiautoritär, sozialistisch, antifaschistisch, eine informierende Presse und eine entbürokratisierte Gesellschaft – *Rätedemokratie* ist das, dieses Konzept verdichtende Leitwort. Es scheint also, als hätten sich die Beteiligten von 1967/68 mit ihrem gegenwartsbezogenen *Faschismus*-Konzept dasjenige diskursive Konstrukt verschafft, dem 1945ff das der Kollektivschuld entspricht (vgl. Kämper 2005) – eine zum Zweck einer ‚plausiblen‘ Argumentation konstruierte Wirklichkeit.

39 Von Weiss registriert als Thema, das von Beginn an im Protest vorherrscht die „Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik“, die als „spätkapitalistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem“ bezeichnet wurde“ (von Weiss 1974, S. 27). Synonyme für dieses System sind *formale Demokratie*, *Pseudo-* oder *Scheindemokratie*.

## Literatur

### Quellen

- Adorno, Theodor W. (1950): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/M.
- Adorno, Theodor W. (1967): Diskussion über das Carlo-Schmid-go-in in Adornos Vorlesung über Ästhetik. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 325–328.
- Agnoli, Johannes (1968a): Diskussionsbeitrag. In: Claussen/Dermitzel (Hg.), S. 55–61.
- Agnoli, Johannes (1968b): Autoritärer Staat und Faschismus. In: Claussen/Dermitzel (Hg.), S. 45–52.
- Bechmann, G. et al. (1968): Zur politischen Reorganisation des Jurastudiums. In: Claussen/Dermitzel (Hg.), S. 130–156.
- Berliner Extradienst (1968): Seminarbesetzung 29.5.1968. Internet: [www.infopartisan.net/archive/1967/266753b.html](http://www.infopartisan.net/archive/1967/266753b.html). (23. April 2012)
- Bracher, Karl-Dietrich (1967): Rede anlässlich der Trauerfeier des AStA der Universität Bonn am 9. Juni. In: Nevermann (Hg.), S. 43–46.
- Brentano, Margherita von (1967): Diskussionsbeitrag. In: Wolff, Frank/Windaus, Eberhard (Hg.) (1977): Studentenbewegung 1967–69: Protokolle und Materialien. Frankfurt a. M., S. 31–32.
- Brückner, Peter/Leithäuser, Thomas (1968): Thesen zur „Politisierung der Wissenschaften“. In: Claussen/Dermitzel (Hg.), S. 64–76.
- Bubenberger, Peter (1967): Rede anlässlich der Trauerfeier des AStA und der politischen Studentengruppe der Universität Köln am 7. Juni. In: Nevermann (Hg.), S. 76–78.
- Cerutti, Furio (1968): Ein Brief an Jürgen Habermas. In: Negt (Hg.), S. 34–47.
- Claussen, Detlev/Dermitzel, Regine (Hg.) (1968): Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt. Frankfurt a.M.
- Damerow, Peter (1968): Der nicht erklärte Notstand. Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers. In: Kursbuch 12, S. 1–184.
- Dutschke, Rudi (1968): Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf. In: Dutschke, Rudi: Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens. Herausgegeben von Jürgen Miermeister. Berlin, S. 105–121.
- Enzensberger, Hans Magnus (1968): Berliner Gemeinplätze II. In: Kursbuch 13, S. 190–197.
- Habermas, Jürgen (1967): Rede über die politische Rolle der Studentenschaft in der Bundesrepublik. In: Habermas (1969), S. 137–149.
- Habermas, Jürgen (1968): Die Scheinrevolution und ihre Kinder. In: Habermas (1969), S. 188–201.
- Habermas, Jürgen (1969): Protestbewegung und Hochschulreform. Frankfurt a.M.

- Haubold, Hans-Joachim (1967): Vorwort. In: Nevermann (Hg.), S. 5.
- Haug, Wolfgang Fritz (1968): Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten. Köln.
- Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa. In: Horkheimer, Max (1967): Autoritärer Staat. Die Juden und Europa. Vernunft und Selbsterhaltung. Aufsätze 1939–1941. Amsterdam, S. 7–39
- Horkheimer, Max (1967): Brief an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Gruppe Frankfurt. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 231–232.
- Krahl, Hans-Jürgen (1968a): Römerbergrede. In: Krahl (1971), S. 149–154.
- Krahl, Hans-Jürgen (1968b): Antwort auf Jürgen Habermas. In: Krahl (1971), S. 242–245.
- Krahl, Hans-Jürgen (1968c): Diskussionsbeitrag zu „Autoritäten und Revolution“. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 460–463.
- Krahl, Hans-Jürgen (1971): Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. 3. Aufl. 1977. Frankfurt a.M.
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2003): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995. Band 1–3. Hamburg.
- Krippendorf, Ekkehart (1968): Zum Verhältnis zwischen Inhalt und Form von Demonstrationstechniken. In: Negt, S. 162–175.
- Lefèvre, Wolfgang (1968): Interview. In: Wolff/Windaus (Hg.), S. 90–97.
- Negt, Oskar (1967): „Benno Ohnesorg ist das Opfer eines Mordanschlags.“ Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 241–244.
- Negt, Oskar (1968a): Studentischer Protest – Liberalismus – „Linksfaschismus“. In: Kursbuch 13, S. 179–189.
- Negt, Oskar (1968b): Einleitung zu: Die Linke antwortet Habermas. Herausgegeben von der Europäischen Verlagsanstalt. Frankfurt a. M.
- Negt, Oskar (1968c): Politik und Gewalt. In: neue kritik 47, S. 10–23.
- Nevermann, Knut (1967): Einführung. In: Nevermann, Knut (Hg.) (1967): der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs. Herausgegeben vom Verband Deutscher Studentenschaften. Köln, S. 6–11.
- Offe, Claus (1968a): Die pazifizierte Demokratie. Rezension des Bandes „Die Transformation der Demokratie“. In: Kraushaar (Hg.) (2003), Band 2, S. 370–371.
- Offe, Claus (1968b): Kapitalismus – Analyse als Selbsteinschüchterung. In: Negt (Hg.) (1968), S. 106–112.
- Reiche, Reimut (1968): Hat der autoritäre Staat der BRD eine Massenbasis? In: Clausen/Dermitzel (Hg.) (1968), S. 21–33.
- Reiche, Reimut/Peter Gäng (1967): Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik. In: neue kritik 41, S. 17–35.

- SDS (1967): Offener Brief an Max Horkheimer. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 230–231.
- SDS (1968): Redebeitrag des SDS für die Kundgebung vom 14.12.1968. In: neue kritik 51/52, S. 115–119.
- SDS (1969): Die neue Radikalität. In: neue kritik 51/52, S. 3–9.
- Seeliger, Rolf (Hg.) (1968): Die außerparlamentarische Opposition. München.
- Taubes, Jacob (1967): Diskussionsbeitrag. In: Wolff/Windaus (Hg.) (1977): Studentenbewegung 1967–69: Protokolle und Materialien. Frankfurt a.M., S. 32.
- Tiedemann, Rolf (1967): Dr. Rolf Tiedemann vor Berliner Studenten. In: Nevermann (Hg.), S. 39–43.
- Wolff, Karl Dietrich (1968): Unser Widerstand beginnt erst. Rede vom 11. Mai. Internet: <http://www.infopartisan.net/archive/1967/266753c.html>. (23. April 2012)
- Wolff, Frank/Windaus, Eberhard (Hg.) (1977): Studentenbewegung 1967–69, Protokolle und Materialien. Frankfurt a. M.
- Zum richtigen Gebrauch (1967): Zum richtigen Gebrauch der Begriffe – Wissenschaftliche Stellungnahme von 18 Assistenten und Mitarbeitern der Fächer Soziologie und Philosophie zu Äußerungen des Rektors. In: Kraushaar (Hg.), Band 2, S. 322–323.

### Sekundärliteratur

- Albrecht, Clemens (1999a): Die Frankfurter Schule in der Geschichte der Bundesrepublik. In: Albrecht et al. (Hg.), S. 497–529.
- Albrecht, Clemens (1999b): Warum Horkheimer Golo Mann einen „heimlichen Antisemiten“ nannte: Der Streit um die richtige Vergangenheitsbewältigung. In: Albrecht et al. (Hg.), S. 189–202.
- Albrecht, Clemens (1999c): Die Dialektik der Vergangenheitsbewältigung oder: Wie die Bundesrepublik eine Geschichtsnation wurde, ohne es zu merken. In: Albrecht et al. (Hg.), S. 567–572.
- Albrecht, Clemens/Behrmann, Günther C./Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich H. (Hg.) (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/New York.
- Behrmann, Günter C. (1999): Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967. In: Albrecht et al. (Hg.), S. 312–386.
- Bock, Michael (1999): Metamorphosen der Vergangenheitsbewältigung. In: Albrecht et al. (Hg.), S. 530–566.
- Böckelmann, Frank (1988/1993): Bewegung. In: Kraushaar (Hg.) (2003): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995. Band 3. Hamburg, S. 204–231.
- Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.) (1972–1997): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 8 Bände in 9 Teilbänden. Stuttgart.

- Frei, Norbert (2008): 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. 2. Auflage. München.
- Hoenen, Maarten J. F. M. (1992): Analogie. In: Ueding, Gert (Hg.) (1992): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Band 1. Tübingen.
- Hopf, Christel (1989): Das Faschismusthema in der Studentenbewegung und in der Soziologie. In: Bude, Heinz/Kohli, Martin (Hg.) (1989): Radikalisierte Aufklärung. Studentenbewegung und Soziologie in Berlin 1965 bis 1970. Weinheim und München, S. 71–86.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schuldiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin.
- Kämper, Heidrun (2012): Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte. Berlin/New York: de Gruyter.
- Krohn, Claus Dieter (2003): Die westdeutsche Studentenbewegung und das „andere Deutschland“. In: Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), S. 695–718.
- Negt, Oskar (?2001): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen.
- Reiche, Reimut (1988): Sexuelle Revolution – Erinnerung an einen Mythos. In: Baier, Lothar/Gottschalch, Wilfried/Reiche, Reimut/Schmid, Thomas/Schmierer, Joscha/Sichtermann, Barbara/Sofri, Adriano (Hg.) (1988): Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung. Berlin, S. 45–72.
- Rusinek, Bernd-A. (2003): Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), S. 114–147.
- Schildt, Axel (2003): Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik. In: Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), S. 21–53.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.) (2003): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg.
- Schneider, Peter (2008): Rebellion und Wahn. Mein ‚68‘. Köln.
- Siegfried, Detlef (2003): Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969. In: Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), S. 77–113.
- von Weiss, Andreas (1974): Schlagwörter der Neuen Linken. Die Agitation der Sozialrevolutionäre. München.